

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2800-2807

Was geht in Italien vor?

Kabinettsumbildung und allgemeine Krise.

Paris, 17. Juni. (Eco.) Der „Quotidien“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Fernsprecheverbindungen mit Italien sind seit gestern abend abgebrochen, ein Zeichen, daß die Lage äußerst ernst ist. Informationen zufolge, die der „Quotidien“ trotz der Zensur erhalten hat, hat Mussolini sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und man ist bereits mit der Bildung des neuen Kabinetts beschäftigt, in dem außer Mussolini drei frühere Ministerpräsidenten sitzen würden: Orlando, Salandra und Giolitti. Die Nachricht von der Krise wird dadurch bestätigt in der Tatsache, daß die Würdenträger des Annunziatenordens vom König zusammenberufen worden sind.

Rom, 17. Juni. (WZB.) Nach der Kabinettsitzung von gestern abend spricht man von einer Umbildung des Ministeriums auf einer breiteren Grundlage, da zurzeit alle Minister Faschisten sind. Gerüchteleise verlautet, daß die Würdenträger, auch Männer der Opposition in die Regierung aufzunehmen. Allgemein betrachtet man die Lösung der Krise als sehr schwer. Das Organ der (falschlichen) italienischen Volkspartei „Il Popolo“ verlangt die Bildung einer vollständig neuen Regierung.

Eine derartige Regierungsbildung würde die Einbeziehung des Linksliberalismus bedeuten und den Schluß zulassen, daß der Faschistenterror abgebaut werden soll, weil er seinem Herzog selbst schon zu fürchterlich ist.

Gegenangriff der Faschisten.

Rom, 17. Juni. (E.P.) Um allen Anrufen, Kundgebungen und Streikversuchen vorzubeugen, hat das Innenministerium die Befehle von Rom verstärken lassen. Im Kolosseum und im Botanischen Garten lagern starke Truppenabteilungen. Streikmanifester wurden beschlagnahmt und einige Streikagitatoren verhaftet.

Mailand, 17. Juni. (E.P.) Ein offizieller Beitrag des Mussolini-Blattes „Popolo d'Italia“ enthält die gebieterische Aufforderung an die Faschisten, der antisfaschistischen Ausbeutung des Vorfalles (!) Matteotti Einhalt zu bieten und

entgegenzutreten. Es heißt in der Mussolinis Ziele verrätenden Warnung u. a.: Es ist an der Zeit, mit allen Klar zu sprechen. Die Regierung und die Polizeibehörden tun ihre Pflicht. Die unabhängigen und souveränen Gerichte werden pflichtgemäß Gerechtigkeit walten lassen. Wir stehen vor einer antisfaschistischen Offensive größten Stils im In- und im Ausland. (Das geht auf die Pariser und Londoner Presse, die die Ermordung Matteottis mit Fug und Recht dem Faschismus aufs Konto schreibt. Red. d. V.) Auf der Seite der Sozialisten stehen alle Oppositionsparteien. Das Verlangen „bis auf den Grund zu gehen“ wendet sich gegen die Regierung, gegen das Regime und gegen Mussolini. Wer die Regierung angreift, greift Mussolini an. Ganz Italien beachtet die Lage und wartet die Befehle ab, die je nach den Ereignissen kommen werden. Bereitet euch vor, die zur Zeit der großen Kämpfe auszuführen.

Filippelli verhaftet.

Mailand, 17. Juni. Von italienischen Journalisten entdeckt, ist der Adokat Philippelli nach einer dramatischen Flucht im Golf von Genoa von der Polizei verhaftet worden, als er von Nervi aus auf einem Motorboot nach Frankreich entfliehen wollte. Philippelli war im Besitze großer Geldmittel, die ihm abgenommen wurden. Er wurde sofort nach Rom transportiert. In seiner Begleitung befand sich sein Sekretär sowie der Journalist Galacci vom „Corriere italiano“. Wegen Begünstigung der Flucht Philippellis wurde der Journalist Raldi, der frühere Direktor des „Tempo“, verhaftet. Der Chauffeur des „Corriere italiano“, Collini, hat sich selbst dem Untersuchungsrichter gestellt; er hat das Automobil geholt und geführt, in dem das Verbrechen ausgeführt worden war.

Rom, 17. Juni. (WZB.) Der Ministerrat ernannte den Präsidenten von Triest, Crispomancada, zum Generaldirektor der italienischen Polizei. Senator De Bono, der bisherige Leiter des Polizeiwesens, bleibt Kommandant der faschistischen Nationalmiliz. Die Untersuchung in Sachen Matteotti ist dem gewöhnlichen Gericht genommen und einem Kollegium von drei Räten des Appellationsgerichts übertragen worden.

Gesandter Dr. Ritter sprach hierauf über die im Gutachten vorgelegene Herausgabe von Industrieobligationen.

Außenminister Dr. Stresemann behandelte nunmehr in ausführlichen Darlegungen das Sachverständigengutachten. Reichsfinanzminister Dr. Luther machte Mitteilungen über den Stand der Vorarbeiten für die mit der Reparationskommission aufzunehmenden Verhandlungen sowie die Verbrauchsabgaben und Zölle hierbei in Betracht kommen. Die Ansichten der Parteien brachten die Abgeordneten Dr. Hoehsch (Dnat.), Wallraf (Dnat.), Graf Westarp (Dnat.), Baur (D. Sp.), Stoedter (Komm.), Walle (Nrat. Sp.), Graf Rosenlow (Nrat. Sp.), Dr. Rosenberg (Komm.), und Dr. Brest (Wirtschaftsp.) zum Ausdruck.

Ruhr-Amnestie bevorstehend.

Jedoch nicht generell.

Paris, 17. Juni. In einer offiziellen Auslassung der Agentur Havas wird gemeldet, daß, um die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern, Kriegsminister Nollet beauftragt worden sei, sofort Amnestiemassnahmen für die in dem besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsbürger in Bearbeitung zu nehmen. Die Amnestie solle nicht generell, sondern je nach Art des Vergehens erfolgen. Dieser wichtigen Frage habe wahrheitsgemäß die Unterredung gekostet, die Ministerpräsident Herriot bereits gestern nachmittag in seinem Kabinett mit Kriegsminister Nollet und dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen gehabt habe.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 16. Juni. (WZB.) Im Unterhaus wurden u. a. folgende Fragen an die Regierung gerichtet: Hat Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt den Wunsch geäußert, in den Völkerbund einzutreten? Besteht Grund zu der Annahme, daß eine Einladung des Völkerbundes zum Beitritt im gegenwärtigen Zeitpunkt angenommen werden würde? Wird die britische Vertretung angewiesen werden, darauf zu dringen, daß eine Einladung ergeht? MacDonald antwortete darauf: Deutschland hat bisher kein formelles Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund eingereicht. Das Verfahren ist so, daß Nationen, die den Wunsch haben, dem Völkerbund beizutreten, einen entsprechenden Antrag bei diesem stellen. Der Völkerbund fordert nicht Nationen auf, ihm beizutreten. Die letzte Frage erübrigt sich daher. Die Regierung würde indessen sicherlich einer Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zum frühestmöglichen Zeitpunkt günstig gegenüberstehen und ein Gesuch um Zulassung begrüßen.

Deutlicher kann man Deutschland nicht auffordern, seinen Aufnahmeantrag zu stellen.

London, 16. Juni. (WZB.) Unterhaus. Auf die Frage, ob die Regierung die Gewissheit besitze, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der erlaubten Rüstungen dem Buchstaben und dem Geiste nach einhalte, antwortete Ramsay MacDonald, er könne im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen mit Deutschland über die Tätigkeit der Internationalen Kontrollkommission keine direkte Erwiderung auf diese Frage geben. Er könne nur sagen, daß der Angelegenheit angespannte und dauernde Aufmerksamkeit geschenkt werde, um die geübende Beachtung der Verpflichtungen sicherzustellen.

Die schwarz-weiß-rote KPD.

Deutscher Tag in der „Roten Fahne“.

Ein echter Kommunist ist nicht durch Tradition, politische Grundzüge und Gewissen beschwert. Er versteht es, sich politisch herumzuwerfen auf Kommando. In der Demagogie ist er Meister — eben weil er die Demagogie für Demagogie nimmt und niemals von dem überzeugt ist, was er sagt. Heute blutig-rot, morgen schwarzweißrot — wie die Zentrale befiehlt. Die Schwarzweißroten in Deutschland, die Demagogen des Chauvinismus und Nationalismus, verstehen ihr Handwerk schlecht: die Kommunisten können es viel besser. Wenn sie sich schwarzweißrot geben, muß ein Hitler, selbst ein Ludenborff vor Reid erblaffen.

Seitdem die „Rote Fahne“ wieder erschienen ist, betreibt sie eine neue Methode des Kampfes gegen die Demokratie: mit den Phrasen und den Argumenten der Deutschnationalen und Bölschischen. Sie ist in die schwarzweißrote Kampffront der Rechten gegen die Demokratie, gegen die deutsche Sozialdemokratie eingeschwenkt. Mit diesen will sie die Republik zerstören und die deutsche Arbeiterbewegung niederwerfen.

Die Kommunisten haben von jeher die Sozialdemokratie härter bekämpft als die Reaktion. Sie wissen gut, daß jeder Fortschritt der Demokratie eine Niederlage für sie ist. Sie können sich nur behaupten als Funktion eines reaktionären und kriegerischen Kurles in der Welt. Sie kämpfen daher härter gegen die deutsche Demokratie als gegen die deutsche Reaktion, härter gegen die französische Demokratie als sie gegen Poincaré gekämpft haben.

Die „Rote Fahne“ veranstaltet deshalb heute morgen in ihren Spalten einen deutschen Tag. Ihre Zielpunkte sind: der Kurs Herriot in Frankreich, die republikanische Schutztruppe „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Deutschland, das Bekennnis der Sozialdemokratie zur friedlichen Weltentwicklung, das Streben nach der Demokratisierung des Völkerbundes. Darin ist sie mit der reaktionären Presse, mit der „Deutschen Tageszeitung“, der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und den völkischen Organen vollständig einig. Sie übertrifft sie in der Tiefe des Hasses gegen die Sozialdemokratie, im Ausmaß der Beschimpfung und im Grad des Chauvinismus.

Dieser „Deutsche Tag“ in der „Roten Fahne“ ist überschrieben: „General Kollé, der Stern der Hilferdingischen Friedensära“. Die „Rote Fahne“ erzählt ihren Lesern:

„Die Ernennung Kollés sagt der Welt, daß an eine militärische Räumung von Rhein und Ruhr, an eine Abklärung, an eine Unterbrechung der Kriegsrüstungen gegen Sowjetrußland nicht zu denken ist. Im Gegenteil, neue gewalttätige imperialistische Konflikte rücken greifbar in die Nähe, neue Massenklüsterungen, neues Völkermorden mit den aufs höchste entwickelten Zerstörungsmitteln der Technik drohen.“

Der Wunsch ist der Vater des Gedankens: die Kommunisten brauchen die Befehle von Rhein und Ruhr. Sie brauchen eine Ära der imperialistischen Rüstung, sie brauchen die Atmosphäre der Weltreaktion — darum das krampfhafteste Bemühen, die beginnende Wendung zur Demokratie und zum Frieden hinwegzujagen und eine schwarzweißrote Stimmung zu unterstützen, die dieser Entwicklung entgegenwirkt. Die Welt dreht sich nicht so, wie die Kommunisten es wünschen. In Deutschland wächst die Abwehrkraft der Sozialdemokraten und Republikaner gegen die Reaktion, statt daß die Demokratie der Reaktion unterliegt. Die Kommunisten antworten darauf mit der Beschimpfung der demokratischen Abwehr. Die „Rote Fahne“ schreibt:

„Die Truppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter sozialdemokratischem Kommando stehen also bereit, den Befehlen Kollés zu folgen. Sie sind die deutschen Kollé-Truppen.“

„Um die deutschen Arbeiter zu „befrieden“, dazu organisiert die Sozialdemokratie ihre Stoßtruppe. Sie sind Regimenter im Dienste Kollés.“ Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat dem Deutschen Tag Ludenborffs in Siegen einen kläglichen Zusammenbruch bereitet. Der Sieg der Republikaner gibt der „Roten Fahne“ Gelegenheit, unter der Überschrift „Reichsbanner Kollé“ die Republikaner anzugreifen und wüßt zu beschimpfen. Grund: sie haben die kommunistischen Perspektiven zerstört, nach denen in Siegen nicht die Republik, sondern Lindström hätte siegen müssen.

In Frankreich beginnt unter Herriot sich ein demokratischer, auf die Verständigung abzielender Kurs durchzusetzen. Grund für die Kommunisten, zu behaupten, der Kurs Herriot zielt auf neuen Krieg.

Warum diese Versuche, den wahren Gang der Entwicklung in der Welt zu leugnen, warum das Bemühen, mit Lügen die Entwicklung zur Demokratie aufhalten zu wollen, warum dies Siffen der schwarzweißroten Fahne durch die Kommunisten? Die kommunistische Perspektive der Entwicklung ist der neue imperialistische Krieg. Diese Perspektive erwächst nicht aus objektiver Prüfung der politisch wirksamen Kräfte, sondern aus dem außenpolitischen Interesse der Sowjetregierung. Einen Krieg, in den sie selbst verwickelt ist, kann sie nicht brauchen — wohl aber Krieg der anderen untereinander, Chaos in Europa, Chaos in der Welt. Nur wenn chaotische Zustände in der Welt erscheinen, hat sie Aussicht, sich zu behaupten. Jede Befriedung und jede Konsolidierung der politischen Verhältnisse ver-

Kommunisten und Vertraulichkeit.

Geschäftsordnungsdebatte im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute unter Vorsitz des Abg. Müller-Franken (Soz.) zusammen. Als Tagesordnung war die Beratung der Fragen vorgegeben, die mit dem Sachverständigen Gutachten zusammenhängen; ferner sollten die außenpolitischen Probleme durchzusprechen, sowie die deutsch-russischen Beziehungen zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses nicht öffentlich seien, sofern der Ausschuss nicht die Öffentlichkeit von Fall zu Fall ausdrücklich beschließen sollte. Wie dem Vorsitzenden zu Ohren gekommen sei, hätte die kommunistische Partei ihre Mitglieder angewiesen, daß auch dann, wenn die Vorkommnisse in den Kommissionen als vertraulich gekennzeichnet seien, die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden solle. Er richtet deshalb an die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Frage, ob sie gewillt seien, die Vertraulichkeit zu wahren.

Abg. Stöder (Komm.) protestierte gegen diese Fragestellung. Er erhob auch Protest dagegen, daß am Nachmittag vor dem Sitzungstage des Auswärtigen Ausschusses der Außenminister die Führer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Deutschvölkischen und der kommunistischen Abgeordneten zu sich geladen habe, um mit ihnen vertraulich die außenpolitischen Probleme durchzusprechen. Das sei ein Verstoß gegen den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages mit der Absicht, die deutschvölkische und kommunistische Partei von der parlamentarischen Arbeit auszuschalten. Gleichzeitig stellte Redner den Antrag, für die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses die Öffentlichkeit zu beschließen.

Außenminister Dr. Stresemann betonte, daß die geführten Verhandlungen mit einzelnen Parteiführern vor allem der Klärung der Frage gedient hätten, inwieweit die Regierung noch in der Lage sei, dem Auswärtigen Ausschuss vertrauliche Auskünfte zu geben. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgg. Graf Westarp (Dnat.), Dr. Rosenberg (Komm.), Walle (Nat. Soz.), Stampfer (Soz.), Bernsten (Soz.) und Hoehsch (Dnat.) beteiligten,

beschloß der Ausschuss gemäß einem Antrag des Grafen Westarp, daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Veränderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen.

Dieser Beschluß geht an das Plenum des Reichstages und wird von dort dem Geschäftsordnungsausschuss zur Behandlung überwiesen werden.

Der kommunistische Antrag auf Öffentlichkeit der Sitzungen wurde abgelehnt.

Die Aussprache über das Gutachten.

Die nun folgende politische Aussprache eröffnete von den Regierungsovertretern zunächst Staatssekretär Vogt (Reichsverkehrsministerium) mit einer Erläuterung der Fragen die mit den Reichseisenbahnen zusammenhängen. Es ging daraus hervor, daß das Organisationskomitee für die Neugegestaltung der Reichsbahnen bereits in Paris vor Pfingsten getagt habe.

Reichsbahnpräsident Dr. Schacht, der alsdann das Wort nahm, hoffte, die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden. Die Reichsbahn werde erhalten und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert.

schlechter ihre Aussichten. Vollends die Befriedung der Welt im Zeichen der Demokratie müßte die Grundlagen ihrer Macht erschüttern. Geht die Entwicklung auf dem Wege weiter, den sie jetzt eingeschlagen hat, so verliert die sowjetistische Auslandspropaganda mit der Grundlage die werbende Kraft. Eins der wichtigsten Mittel der russischen Außenpolitik wird damit unbrauchbar. Zugleich aber muß die gewaltige Beispielswirkung der demokratischen Entwicklung an den inneren Grundlagen der Macht der Sowjetregierung rütteln. Dann ist das Beispiel im Ausland nicht mehr gegeben durch Mussolini und Poincaré, sondern durch die große Demokratie Europas.

Das Sowjetregime wird damit zum Herd europäischer Reaktion gegen die demokratische Entwicklung. Seine Propagandisten in Deutschland empfehlen eine Außenpolitik, die zum Kräfte für Deutschland führen muß, damit Rußland den Frieden behauptet. Sie bekämpfen den auf Frieden und Verständigung zielenden Kurs der Sozialdemokratie, weil er ihnen die Grundlage der Propaganda entzieht. Sie sehen den Friedenskurs der Sozialdemokratie gleich mit der militärischen Rückwirkung Frankreichs — auch des demokratischen Frankreichs — gegen kriegerische Bestrebungen in Deutschland, während sie selbst durch ihre offene Bundesgenossenschaft mit den Schwarzweißrotten den Kollets Wasser auf die Mühle liefern.

Demokratie gegen europäische Reaktion — das ist die große Alternative, die sich herausarbeitet. Die Kommunisten treten dabei innenpolitisch und außenpolitisch auf die Seite der Reaktion. Der Deutsche Tag der „Roten Fahne“ ist das Symbol dafür. Unter schwarzweißroter Flagge kämpfen sie gegen die Demokratie und die Republik und gegen den Frieden.

Annehmen oder ablehnen?

Randbemerkungen zum Sachverständigengutachten.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich mit den Zahlungen, die zur Durchführung des Versailler Vertrages zu leisten sind, und knüpft daran sehr bemerkenswerte Betrachtungen über das Verhältnis dieser Vorleistungen zu den praktischen Vorschlägen der Sachverständigen. Nach den Angaben dieses Blattes hat Deutschland seit der Umstellung des Reichshaushalts auf Goldmark, also seit dem 1. Oktober v. J. bis zum 31. März d. J. auf das Konto des Versailler Vertrages folgende Leistungen machen müssen:

1. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	11 893 917
2. Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	4 273 588
3. Aus Anlaß der Ablieferung von Vieh	10 970
4. Wiederaufbauleistungen	24 815 264
5. Aus Anlaß der Ablieferung von Schiffen	6 911 598
6. Englische Sanktionsabgabe	12 702 398
7. Ausgleichsverfahren	1 125 204
8. Befugungskosten	313 473 856
9. Interalliierte Kommissionen	6 726 809
10. Leistungen außerhalb der Reparationen	8 390 865
11. Ämtere Abgaben aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages (Verdrängungsschäden usw.)	57 936 502
12. Verschädertes (Sanktionskosten Düsseldorf-Ruhrort usw.)	12 207 505
Summe	460 468 716

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

Also 460 Millionen Goldmark in einem halben Jahre! Die Zahl ist für beide Seiten sehr reich. Für die Sieger: sie haben von dieser gewaltigen Summe fast nichts gehabt. Denn von den 460 Millionen sind rund 400 Millionen für die Kosten der Befugung und der Kommissionen, sowie für damit zusammenhängende Ausgaben veran worden; nur rund 60 Millionen blieben für eigentliche Reparationen. Nach dem Dawes-Bericht aber wird das künftig in erster Linie ihre, nicht mehr unsere Sorge sein. Denn die danach von Deutschland zu leistenden Annuitäten umfassen die Gesamtheit der von Deutschland zu tragenden Lasten, einschließlich Reparationen, Restitutions-, Befugungskosten, Ausgleichsverfahren, Kommissionen usw.; was die Sieger für Unproduktives verschwendeten, das wird ihnen in dem Jahre der Leistung bei den Reparationen fehlen.

Aber die Zahl ist auch für Deutschland sehr reich, als Illustration der Erschöpfung, die uns wenigstens für die Uebergangszeit des Sachverständigen-Gutachtens schaffen soll, so hart es uns auch für die Dauer belasten will. Rund eine halbe Milliarde beträgt in diesem Semester die Zahlung. Das entspricht der Milliarde, die der Dawes-Bericht für das erste Jahr (in den beiden folgenden sind es 1220 und 1200 Millionen) von uns fordert. Der Unterschied aber ist, daß wir in dem ersten Jahr von dieser Milliarde 800 Millionen dem Auslande in Gold geborgt erhalten sollen; das Budget ist tatsächlich in den beiden ersten Jahren von allen Lasten aus dem Versailler Vertrage völlig frei, im dritten Jahre soll es 110 Millionen, im vierten 500 Millionen tragen, also auch in diesem vierten Jahre nur so viel wie jetzt in dem einen Halbjahre.

Natürlich werden auch die Zahlungen aus der Eisenbahn und aus den Industrieobligationen, die schon vom zweiten Jahre ab beträchtlich sind, schwer drücken. Aber es ist doch nützlich, zu bedenken, was schon der gegenwärtige Zustand an Lasten enthält — wobei zu den oben genannten Summen ja noch die furchtbaren Lasten der Ricum-Verträge kommen, die (mit schätzungsweise 1200 Millionen Goldmark im Jahre) allein auf den Industrien des besetzten Gebietes und, soweit diese die Last in den Preisen auf den Verbraucher abwälzen können, auf Deutschlands ganzer Weiterverarbeitung wie auf dem privaten Konsum liegen.

Diese nüchternen Tatsachen sollte man dem blöden Geschwätz der Nationalisten von dem zweiten Versalles und der Verklawung Deutschlands immer wieder entgegenhalten. Sie beweisen, daß es im besten Interesse Deutschlands liegt, auf der Grundlage der Dawes-Berichte zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen.

Industrie und Gutachten.

Der innere Kampf um die Gutachten vollzieht sich, nachdem die Entscheidung des Parlamentes erfolgt ist, im Schoße der Industrieorganisationen. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat den Hauptausschuß des Reichsverbandes auf den 2. Juli nach Berlin eingeladen, um zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den gesamten Fragen des Reparationsproblems, insbesondere zu dem Inhalt des Sachverständigen-Gutachtens, Stellung zu nehmen, da bis dahin voraussichtlich die Arbeiten der von der Reparationskommission eingeleiteten Einzelausschüsse in Paris zu einem gewissen Abschluß gelangt sein werden. Von außen drückt die Industrielle Vereinigung auf den Reichsverband der deutschen Industrie. Ihr Führer Dr. Bang veröffentlicht in der „Deutschen Zeitung“ zum Verbandstag einen langen Aufsatz gegen die Durchführung des Gutachtens. Im Reichsverband selbst ist eine feste Opposition, die den Versuch unternimmt, in der praktischen Durchführung zu sabotieren, wie es in früheren Jahren geschehen ist. Vor allem aber wird diese Sitzung sich praktisch mit der Frage der Lastenverteilung beschäftigen. Die Industrie wird ihre Ansprüche anmelden, und Vorbereitungen treffen für die Reichstagsverhandlungen über die Durchführung der Gutachten.

Londoner Eindrücke.

Urteile eines führenden Bolschewisten.

Eines der hervorragendsten Mitglieder der nach London entsandten russischen Verhandlungskommission, der aus den Moskauer Parteibürokraten bekannte Bredobraschenski vertritt in der „Pravda“ Eindrücke seines Londoner Aufenthalts. Da der Kampf gegen die Arbeiterregierung Macdonalds von allen bolschewistischen Agenten in Europa als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen wird, ist es nicht unwichtig, die Eindrücke Bredobraschenskis wiederzugeben. Er beginnt mit einer Verwahrung gegen die Kritikalität der Bolschewisten:

„Unser Arbeiterpublikum (lies wir Bolschewisten), das keine englischen Zeitungen liest, bildet sich seine Vorstellungen über England meistens auf Grund der Telegramme und einzelner Korrespondenzen. In diesen bruchstückhaften und oft zufälligen Mitteilungen wird die englische Wirklichkeit den reaktionären Hoffnungen des Schreibers angepaßt. Außerdem wird die sehr verwickelte und eigenartige Situation in England häufig genug auf der Linie des geringsten Gehirnwiderstandes, d. h. nach der Schablone unse-

rer Resolutionen beurteilt. Es ist wohl nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß diese Art von Information der Wirklichkeit kaum entspricht.“

Bredobraschenski schildert dann eingehend die Tätigkeit der Arbeiterregierung und ihre Verhältnis zur Arbeiterklasse:

„Ueber das Verhältnis zwischen der Regierung Macdonald und den Arbeitern besteht bei uns eine absolut unzutreffende Vorstellung. Die Regierung ist zurzeit außerordentlich populär in den Arbeiterkreisen und ihre Popularität nimmt nicht ab, sondern wächst. Gemäß ist eine Opposition vorhanden, die von den Trade-Unions vertreten wird, aber diese Opposition will eine radikalere Politik Macdonalds, aber keineswegs seinen Rücktritt und den Uebergang der Regierung an die Unionisten und die Liberalen. Einen anderen Ausweg würde es aber zurzeit nicht geben. Die Arbeiterregierung muß, um sich zu halten, ihre Politik an der Grenze der Duldung durch die Liberalen führen oder zurücktreten. Sie sieht das erste vor.“

Ist eine solche Politik richtig?

Das kommt auf den Standpunkt an. Unter dem Gesichtspunkt der Beibehaltung der Regierungsgewalt und der Beibehaltung der Sympathien in der Arbeiterschaft ist diese Politik der Regierung offenbar richtig. Vorläufig bringt die Regierung im Parlament keine Vorschläge von so prinzipieller Bedeutung ein, die ihren unmittelbaren Rücktritt herbeiführen würden. Aber sie versteht es sehr geschickt, den Unwillen, das Mißtrauen und die Abneigung der Arbeitermassen gegen die parlamentarische Mehrheit der Konservativen und Liberalen zu erregen. Sie sagt den Arbeitern ständig: „Dies und jenes, was für die Arbeiterklasse nötig ist, würden wir durchführen, aber „man“ gestattet es uns nicht.“ So stand es zum Beispiel mit dem Punkt der Wohnungsbau, der sich auf die Ermäßigung von Arbeitslosen bezog... Der Jahreshaushalt mit seiner Ermäßigung indirekter Steuern (das „Wahlbudget“, wie es die Reichspresse boshaft ironisierte) wurde in Arbeiterkreisen mit großen Sympathien aufgenommen. Viel Beifall findet unter den Arbeitern auch das Programm des billigen Wohnungsbaus, das die Arbeiterregierung durchführen will...“

Auf jeden Fall, wenn jetzt die Regierung Macdonald auf parlamentarischen Wege gestürzt und Neuwahlen angefordert würden, dann erhielte sie bedeutend mehr Stimmen als bei der letzten Wahlkampagne. Das haben die Nachwahlen im Parlament und zum Teil auch die Gemeindevahlen der letzten Zeit gezeigt. Bezeichnend ist auch, daß die Regierung die Sympathien eines Teils des Kleinbürgertums gewinnt, der früher nicht für die Arbeiterpartei stimmte. Wenn man bei uns die Regierung Macdonalds mit der Regierung Kerenski vergleicht, so trifft das für den sozialen Charakter der Regierung zu. Aber sehr häufig wird dieser Vergleich bei uns übertragen auch auf das Tempo der Entwicklung aller sozialen Prozesse, vor allem Dingen auch auf die schnelle Erzielung aller reformistischen Illusionen. Darin liegt der Hauptfehler.“

Bredobraschenski rechnet nicht damit, daß die englische Arbeiterklasse ihre „reformistischen Illusionen“ in Monaten ablegt. Er hält viele Jahre für diesen seiner Meinung nach unvermeidlichen Prozeß für notwendig. Vor allen Dingen glaubt er, daß dazu die Arbeiterpartei erst einmal die Mehrheit im Parlament erobert haben muß. Ueber diese „Illusion“ wollen wir mit ihm ebenfalls streiten wie über die bolschewistischen Illusionen, die in Rußland so kläglich gescheitert sind. Festzuhalten bleibt, daß einer der führenden Männer der kommunistischen Internationale auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Ergebnis kommt, daß die englische Arbeiterregierung sich wachsender Sympathien in den Volksmassen erfreut und daß ihr schrittweises und behutsames Vorgehen dem Kräfteverhältnis, den Möglichkeiten und auch der Auffassung des englischen Volkes entspricht. Die erbärmliche Hege, die von den europäischen kommunistischen Parteien gegen die Regierung Macdonald betrieben wird, erledigt sich damit von selber.

Zur Frauenkonferenz. Durch ein technisches Versehen ist in unserem Bericht über die sozialdemokratische Frauenkonferenz zwar die Begrüßung durch die Vertreterin der britischen Genossinnen enthalten, wenn auch mit einer Doppelzelle, aber der Name der Rednerin durch — einen Gebenkenfehler — ersetzt. Es war Genossin Bell, was hiermit nachgetragen sei.

Wenn ich Geld hätte . . .

Von Lina Freuder.

Zunächst würde ich nicht mehr mit diesen zerfahrenen Männerregenschirm herumlaufen. Hernach hätte ich zarte Sommerschuhe. Dann — ja, dann würde ich eine kleine Reise machen — an die Ostsee.

Ost—see, man muß das langsam aussprechen. Da flimmert das Wasser auf, der Strand leuchtet gelbgolden, Kinder buddeln und plantschen, Große kreischen vor Sonne beim Baden. Segelboote träumen am verschwimmenden Horizont. . . Ost—see. . .

Ober — vielleicht hätte ich noch mehr Geld. Dann würde ich an die Nordsee gehen.

Nord—see! Seltsam, zu wissen, daß sie immer da ist, auch während man hier sitzt und Aussicht auf einen schmalen Hof hat. Dort, weiter oben, ist die Nord—see. Und wenn man hintäme, vielleicht auf eine der Inseln, da wäre noch alles wie immer. Blaue Ferne, bla Heide, Luft, Luft, Luft und Wasser! Wellen, Wogen, rollend, brandend! Dünenberge, Schluchten, Herwege, dazwischen Blumendäler mit Schafferden. Weit ist die Welt dort, größer als nur die Erde, — der ganze Himmel, Sonne, Mond und Sterne dabei. Ewiges Lied macht dort so klein, still liegt man am Rande des Alls.

Wer vielleicht lieber die Berge? Die machen Mut. Man will sie bezwingen. Sie kleiden gut, rot wird man vor Lust beim Steigen. Und immer wieder ein neues Bild. Im Tale bleiben die Sorgen. Leicht, befreit umarmt man die Welt. Die Jugend strömt zurück. Berge berauschen wie Wein!

Und wenn ich noch mehr Geld hätte? Wenn ich sogar nach Italien reisen könnte?

I—ta—li—en! Wie müßte das sein? Ich glaube, allein wäre der Glanz gar nicht zu ertragen. Allein durchs himmlische Tor? Nein! Also müßte das Geld schon für zwei reichen. (Der andere hat natürlich auch seine.)

Geld für zwei nur nach Italien? Nein, überhaupt immer für zwei. Allein reisen ist nur für Weise oder Loren. Der Mensch der Witte braucht den andern, um in Gesellschaft sprachlos zu sein, sich seines Nichts zu schämen, zu jauchzen oder auch vor Entzücken den andern in die Seite zu knuffen.

Geld für zwei zum Reisen? — Recht mer?? —

Millionärsöhne als Mörder.

Eine sensationelle Nordbaffäre hält seit einiger Zeit Chicago in Atem. Am 21. Mai verschwand der 14jährige Sohn des Millionärs Franks. Eine Männerstimme erklärte dem Vater am Telefon: „Ihr Sohn befindet sich in unserer Hand, wir brauchen Geld.“ Am selben Tage fand die Polizei die Leiche des Jungen völlig ent-

keidet in der Nähe der Stadt. Zur Beerdigung des Knaben wurde von einem Unbekannten ein Kranz gesandt mit der Aufschrift: „Ich kondoliere. Jonhoh.“ Zur Entdeckung der Verbrechen führte eine an der Leiche aufgefundenen Wille. Sie gehörte einem der Wörder, dem 19jährigen Universitätsstudenten Leopold, dem Sohne eines Chicagoer Millionärs. Der andere Mörder war dessen Freund, der Universitätsstudent Loeb, Sohn eines anderen Millionärs. Bei ihrem Verhör zeigten sie wenig Reue, umso mehr Zynismus. Sie erklärten das Verbrechen durch eine Sucht nach Heroentypen, behaupteten, daß sie aus wissenschaftlichen Zwecken an dem Jungen eine Operation vorzunehmen beabsichtigten und ihn getötet hätten, weil er Widerstand geleistet habe, meinten schließlich, er wäre nur ein Opfer der Wissenschaft geworden: sie fänden auch nicht ein, inwiefern die Tötung eines Menschen verwerflicher sei als die Tötung eines Schmetterlings. Das Geld hätten sie vom Vater nur gefordert, um die Spur zu verwischen.

Es besteht der Verdacht, daß Leopold und Loeb nicht zum ersten Male sich an derartigen „wissenschaftlichen“ Experimenten versuchen. Erst vor kurzem war ein Student tot aufgefunden worden, der mit einer Kugel erschossen war, die zu Leopolds Revolver paßte. Auch hatte ein Chauffeur, der nicht vor allzu langer Zeit mit der Pistole auf der Brust gezwungen worden war, eine Weibermarke über sich ergehen zu lassen, in den beiden jungen Weibern die Uebelthäter erkannt. Sie hatten ihn an drei Geschlechtsstellen arg verstimmt. Schließlich entfiel sich die Polizei noch eines vierten Verbrechens, dessen Spuren zu den beiden Studenten führten. Der Entfel des bekannten Chicagoer Millionärs Lindenthal verschwand eines Tages spurlos. Seine Leiche wurde nach aus dem Michigansee herausgefischt. Dieser 13jährige Junge unterhielt aber eine Freundschaft mit den beiden Studenten.

In der Presse findet nun ein heftiger Feldzug in dieser Sache statt. Die einen erklären die beiden jungen Menschen für krank, die anderen wollen hiervon nichts wissen. Sie erinnern auch an einen anderen Sensationsprozeß, der den Millionär Log betraf. Letzterer wurde durch das Gerücht für krank erklärt, jedoch nicht lange hinterher auf Grund eines ärztlichen Gesundheitszertifikates aus der Irrenanstalt entlassen. Man kann auf den Ausgang dieses Prozesses gespannt sein. Im Falle eines Todesurteils wird jedenfalls der Tod der beiden jungen Menschen, durch ein blühartiges tödendes Gas, leichter sein, als der Tod des Jungen. Der Vater des ermordeten Knaben soll sich dahin geäußert haben, daß er mit Ungeheuer den Log erwarde, wo er eigenhändig an ihnen die Todesstrafe vollziehen könnte: allerdings nicht aus Rache, sondern aus sozialen Gründen. Als gäbe es keine anderen Mittel, die Gesellschaft gegen Mörder zu schützen.

Zeichlich ist es aber, daß in diesem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten selbst Millionärsöhne gegen die Folgeerscheinungen sozialer Krankheiten nicht immun sind. Die Millionen von Dollars scheinen keinen genügenden Schutz zu bieten gegen die physische, psychische und soziale Degeneration. L. R.

Sprechstunde für proletarische Jeterstunden. Donnerstag, den 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gesangslokal der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, Jetersternsammung, Vortrag der Genossen Artur Gelpien und Albert Florath, Tagesbericht und Neuwahlen.

Könige in Front. Die jüngst hier mitgeteilten Berichte über die Sitten der alten Bewohner der Insel Borneo, im Kriesalle den kriegerischen König in die erste Schlachtreihe zu stellen, haben ein verhältnismäßig modernes Gegenstück in dem Vorschlag des als wohlwollend angesehenen russischen Kaisers Paul, daß die Monarchen sich im Streitfälle duellieren sollten. In dem noch heute lesenswerten Briefwechsel Mozanders von Humboldt mit Barnhagen von Enle findet sich darüber eine Mitteilung. Die bekannte russische Hofschaffersgattin Gräfin Lieven (von Humboldt wegen ihrer Relation mit dem französischen Staatsmann Guizot spöttisch Madame de Quigow genannt) hatte sich Anfang 1856 an Humboldt wegen Auskunft über diese Angelegenheit gewandt. Er gibt die Frage an Barnhagen weiter, indem er schreibt: „Madame de Quigow, die seit 25 Jahren nie an mich geschrieben hat, will von mir wissen, ob Kaiser Paul, in der Epoche seines politischen Wahnsinnes, durch Könige den Vorschlag habe tun lassen, daß statt der Armeen sich die Minister des Auswärtigen im persönlichen Zweikampfe messen sollten. Ich war damals (1799 und 1800) in dem Flußneße von Südamerika und kannte die Anekdote, deren Bestätigung die (wie mir jetzt scheint) sehr objektionalisch gesinnte russische Fürstin (zur Erklärung dieses Beimortes: es schwebte damals der Krimkrieg zwischen den Bestmächten und Rußland) suchte, gar nicht. Nach unsicheren Nachforschungen, die ich bisher gemacht, sollte der Vorschlag gewesen sein, daß nicht die Minister, sondern die Monarchen selbst sich duellieren sollten. Ich flehe, edler Freund, daß Sie mir ein paar Linien über das schreiben, was Ihnen Ihr herrliches Gedächtnis gibt.“ Barnhagens Antwort ist leider nicht erhalten; er wird aber wohl die Richtigkeit von der Lesart des Quells der Monarchen bestätigt haben. Uebrigens verdient noch ein Satz aus dem Briefe der Lieven zitiert zu werden: „Wahrlich Paul I. war gar nicht so verrückt. Finden Sie nicht, daß unsere Zeit viel verrückter ist?“ Eine Frage, die die Betrachtung aller seit 1856 zu verzeichnenden Kriegsanfälle resp. „hineinschlitterungen“ zu bejahen nur zu sehr geeignet ist. B. D.

„Nachwanderer“ im Harz. Während der Pfingsttage zogen in verschiedenen Teilen des Harzes Wanderttruppen umher, die als Kundgebung eine Badefahrt trugen, auf dem Rücken einen Kufel. Verschiedene Zeitungen des Harzes nehmen Stellung gegen diese „Nachwanderer“ und verlangen Einsparungen der Behörden.

Sollen denn die Wanderttruppen in Zukunft ohne Badefahrt erscheinen?

Fest von Weingartner ist für den Herbst 1924 und Frühjahr 1925, soweit es seine bisher abgeschlossenen Wiener- und Auslandverpflichtungen gestalten, dem Deutschen Opernhaus für eine Reihe von Vorstellungen verpflichtet worden.

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg beschäftigt in der Woche vom 4. bis 9. August Vorträge für den 4. Kulturtag zu veranstalten: Vorträge, Vorträge und Führungen durch die Sammlungen des Museums, wie auch durch die Kirchen, bemerkenswerten Häuser und Höfe des alten Nürnberg. Die Zulassung zu den Ausstellungen ist lediglich an eine kurze Kennzeichnung des historischen Bildungsganges oder des mit der Teilnahme verbundenen ersten Bildungszweckes des Antragstellers geknüpft. Das genaue Programm ist vom Germanischen Museum in Nürnberg, Rocmarstr. 1, kostenlos zu beziehen.

Lindströms Genosse.

Ludwig Kfner vor Gericht. — Erst Holgardt, dann Lieb und schließlich völkischer Parlamentarier.

München, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Weilheim fand am Montag der Prozeß gegen den Auto-mechaniker und Chauffeur Ludwig Kfner statt, der nach seiner Abfuhr von den Kommunisten einer der radikalsten völkischen Agitatoren und dadurch Banditabsabgeordneter geworden ist, von seiner Fraktion allerdings jetzt zum Rücktritt von seinem Mandat veranlaßt wurde. Kfner hat auf einer Agitationstour am 31. März in Weilheim am Bierisch folgendes geäußert: „Diese schwarzen Lumpen von der Bayerischen Volkspartei stellen wir alle an die Wand. Auch gefährlicher sind die Pfaffen bis hinauf zum Kardinal. Diese Lumpen, Hurenkerle und Schnallen-treiber werden mit dem Messer beseitigt. Dann kommt die übrige nicht völkisch gefärbte Bevölkerung an die Reihe. Kardinal Faulhaber, dieser Hurenkerl, kommt zuerst dran, wenn er nicht in seiner Kirche bleiben kann. Wir hätten am 9. November statt im Bürgerbräuere Keller zu sitzen, auf die Straße gehen müssen und anfangen, Köpfe herunterzuschneiden, daß das Blut gespritzt wäre. Ich freue mich heute schon auf den Tag, wo es wieder los geht. Für Rahr und Bassow, diese Verräter, sind die Kugeln schon gegossen. Ich habe sie bereits in meiner Tasche. Wenn sie uns hinter einsperren, werde ich der Erste sein, der ihn wieder herausholt.“

Nach der Bekanntgabe dieser Äußerungen durch die Presse der Bayerischen Volkspartei wurde Kfner in Schupphof genommen (2. Mai). Der Staatsanwalt erhob Anklage auf Grund des § 241 des Strafgesetzbuches wegen Vergehens der Bedrohung und Auf-forderung zu Gewalttätigkeiten. Aus dem Vorleben des Angeklagten gab das Gericht bekannt, daß Kfner während der Kaiserrepublik Chauffeur eines Sanitätsautos für die Rote Armee war, nach dem Ende der Weissen Garde vor Gericht gestellt, aber freigesprochen wurde. Er wurde jedoch noch einmal angeklagt wegen versuchten schweren Diebstahls, da er noch unter der Zeit Eiserns mit einer Handgranate bemannet ein Privatauto zu stehlen versucht hatte. Wegen dieses Verbrechens erhielt er damals fünf Monate Gefängnis, die er auch verbüßte.

Die ihm jetzt zur Last gelegten Äußerungen bestritt Kfner zum großen Teil. Soweit er sie zugibt, will er sie auf die Kommunisten bezogen wissen. Von zwei Zeugen, die dem Christlichen Berg-arbeiterverband angehörig sind, werden aber die Äußerungen unter Eid in vollem Umfange bestätigt, während zwei damals anwesende Kameraden Kfners, die ihn entlasten sollten, unter dem Druck des Eides ausweichende Angaben machten und sich in der Hauptsache nicht mehr erinnern, aber die Möglichkeit zu geben, daß Kfner sich in der vorliegenden Weise geäußert habe.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt seine Anklage in vollem Umfange aufrecht. Strafschwerend komme in Betracht seine Eigenschaft als Kandidat und späterer Abgeordneter der Völkischen. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis und Tragung der Kosten. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht das Urteil: Vier Monate Gefängnis wegen eines Vergehens der Bedrohung und eines Vergehens gegen die Verordnung des bayerischen Staatskommissars.

Ein politischer Mordprozeß.

Wer sind die Mörder des Leutnants Graff?

Belgien begann in Stettin der Prozeß gegen Kaws, Schwirrat und Engeler, denen zur Last gelegt wird, den belgischen Leutnant Graff ermordet zu haben. Der Prozeß dürfte einen großen Umfang annehmen, nahezu 100 Zeugen sind zu der Hauptverhandlung geladen. Es handelt sich um folgenden Sachverhalt: Am 20. März 1922 wurde im unbesetzten Gebiet der deutsche Schuppelwasi Schmilowski von dem belgischen Polizeioffizier Schmitz getötet. Zwei Tage nach der Erschießung des Schmilowski wurde an der gleichen Stelle, an der die Erschießung des Schmilowski erfolgte, der belgische Leutnant Graff erschossen. Graff ist dabei allem Anschein nach mit Schmitz verwechselt worden. Nachdem der Tatort an sich im unbesetzten Gebiet liegt, haben die belgischen Behörden sich des Falles bemächtigt, und es wurden der Polizeileutnant Reinhardt wegen Anführung des Mordes zum Tode, die Polizeimeister Rieble, Klein und Grabert wegen Mordes ebenfalls zum Tode und der Polizeimeister Termöder zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Verurteilten befinden sich zurzeit im Zuchthaus zu Löwen. In dem Stettiner Prozeß soll der Nachweis geführt werden, daß die in Mauth vor dem belgischen Kriegsgericht Verurteilten unschuldig sind. Der Schuldweis der Belgier stützt sich vor allem auf das Geständnis Reinhardts und auf die Zeugenaussagen. Reinhardt hatte seinerzeit ein Geständnis abgegeben, es dann widerrufen, es aber später freiwillig wieder erneuert. Diese Erneuerung des Geständnisses ist darauf zurückzuführen, daß ihm von belgischer Seite mit der Verhaftung seiner Frau gedroht worden war. Die drei in Stettin verhafteten früheren Schuppelwasi haben von Beginn der Voruntersuchung bis jetzt erklärt, daß sie die Täter seien. Sie haben sich sofort nach der Tat aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet begeben und sie sind dann nach Bonnern gefahren, wo sie vom Pommerischen Landbund untergebracht wurden.

Die Vernehmung des ersten Angeklagten Kaws führt zu einem einwandfreien Geständnis. Die drei Angeklagten gehören der dritten Hundertschaft der Schupo in Hamborn an und waren im 22. März nachmittags dienstfrei. Kaws ist an diesem Tage mit den anderen Angeklagten in Zivil ausgegangen. Er trug stets eine Pistole bei sich. In den späten Abendstunden haben sie dann am Polmanns Ecke in Hamborn die Strobenbahn erwartet. In einem Wagen glaubte nun Kaws den Mörder des Schuppelwasi Schmilowski, den Belgier Schmitz, zu sehen. Wie drei folgten in diesen Wagen ein. Kaws rief während der Fahrt die Tür auf und feuerte einen Schuß auf Graff, dann sprang er ab und flüchtete in eine Durchstraße. Von hier aus will er dann noch den Knall von mehreren Schüssen gehört haben.

Vom Völkerbund.

Die Verantwortlichkeit der Saarregimentung ist vom Völkerbund auf Verlangen Englands erneut dahin festgelegt worden, daß alle ihre Mitglieder, nicht nur der (französische) Präsident, dem Rat des Völkerbundes verantwortlich sind.

Da der Völkerbund Danzig auf Grund der Versailler Bestimmungen verpflichtet hat, ein polnisches Munitions-Importlager auf Danziger Gebiet zu dulden und die Hälfte der Errichtungskosten zu tragen, muß Danzig 200 000 Pfund = 3 Millionen Danziger Gulden dafür zahlen.

Der Völkerbundrat genehmigte grundsätzlich eine Erhöhung der deutsch-österreichischen Staatsausgaben, die jetzt nur 250 Millionen Goldkronen betragen dürfen, sollte aber fest, daß eine neue Budgetziffer noch nicht festgestellt werden könne und daß diese Ziffer wahrscheinlich auch nicht hoch genug ausfallen werde, um die gegenwärtigen Ausgaben Österreichs und die gegenwärtig ins Auge gefassten Erhöhungen zu decken. Diese Entscheidung dürfte in Deutschösterreich schwere Enttäuschung bei den Anhängern der Genfer Sanierungspolitik hervorrufen. Jedenfalls ist es vorläufig nichts mit der angeforderten und dringend notwendigen Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Schützenfest.

Neulich war Schützenfest — da irgendwo im Umkreis der Banke. Zu erst trat der Verein an am rechten Flügel die Kapelle, fünf Mann, davon einer mit einer riesigen Pante, dann ein auswärtiger Verein als Gastteilnehmer in Stärke von sechs Gemeinern nebst einem „Hauptmann“ mit erschrecklichem Degen, und auf dem linken Flügel die zwanzig Mann des festgebenden Vereins, alles stramme, vaterlandserhebende Gestalten im Alter bis zu 80 Jahren. Und nun versuchte der Hauptmann auf Grund von Kommandos des „Bataillon“, wie er es nannte, in Bewegung zu setzen. Zum Glück kam ihm die Kapelle, also die „Bataillonsmusik“, dabei zu Hilfe, indem wenigstens der Pauter den Takt zu einem Marsch hielt, was den übrigen Musikern nicht immer gelang. Bum war immer links, die Dorfstraße entlang bis zum Haus des Hauptmanns, wo die Fahne abgeholt wurde. Das „Bataillon“ hielt, zwei Mann Ehrenposten bewachten die Türe, und in dem Augenblick, wo die Fahnenstange im Türschwamben erschien, gab sich die Musik die rechtliche Mühe, den olivenfarbenen Präsentiermarsch zu spielen, während das Bataillon nach dementsprechender Aufforderung des Hauptmanns die diversen Leihings, Vogelstinten, ausschaltenden Jagdgemeinde präsentierte. Dann ging zum Schießstand; die Pause hielt das Bataillon zusammen. Und dann haben sie geschossen und „Zielwasser“ getrunken (der Brauerstreit war beigelegt) und wieder getrunken und wieder geschossen. Sie verpeleten uns Sommerfrischlein die Luft mit Pulverdampf und kälten die sonst so himmlische Stille des „Luftkurorts“ mit ihrem Getöse. Abends war Schützenball. Die Musik blies, was die Instrumente hielten. Ich habe zwar noch keine Jazzbande gehört, stelle sie mir aber anders vor; einer sagte mir, der Jazz wäre so ziemlich der gleiche. Die tanzenbeige Jugend aber schwebte in Jazzmusik über das „Barfett“, so etwa im Rhythmus „Bei mir — — —!“ Die Schützenbrüder tranken Bier und Schnaps in Umarmungen und vergaßen darüber den Bundesrat leben zu lassen. Und als ich einen Schützenbrüder, der schon bedenklich um die Ecke schob, mit ernster Stimme an das Versäumnis erinnerte, umarmte er mich gerührt und gestand, daß es ihm bei der Mitgliedschaft im Schützenverein schließlich auf die Verechtigung zum Waffenbesitz ankäme, damit er im Winter die Hasen aus seinem Garten vertreiben könne. Dabei er schamhaft verschwiegen, daß solch ein „vertreibener“ Hase sich dann oft in den Rodtpfützen verortet. — Es schien, als wären viele Mitglieder nur deshalb im Schützenverein, da die landesväterliche Güte ja nicht mehr für das Huhn im Topf und die gefüllte Kompottschüssel sorgen kann.

Raubmord!

Ein Leichenfund im Walde von Rahnsdorf.

Die Meldung von einem mutmaßlichen Raubmorde rief in der vergangenen Nacht die Warkommision des Polizeipräsidenten nach Wilhelmshagen-Hessensmühl in der jetzt zu Groß-Berlin gehörigen früheren Landgemeinde Rahnsdorf. In dem Walde zwischen den beiden Ortsteilen fanden gestern in später Abendstunde zwei Spaziergänger in einer Schanung in Jagd 228 die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes. Die Ortspolizei, die sie benachrichtigten, rechnete nach dem ganzen Wesen mit einem Kapitalverbrechen und legte das Polizeipräsidenten in Kenntnis. Man fand in der Brust der Leiche eine Schußverletzung, in der Umgebung aber keine Waffe. Ein Arzt des Sanatoriums in Wilhelmshagen, der früheren Heilanstalt der Nord-West-Deutschen Holzberufsgenossenschaft, der die Leiche vorläufig untersuchte, stellte fest, daß das Geschloß das Herz getroffen und sofort den Tod herbeigeführt haben muß. Daraus kann nach dem Zustande der Leiche wohl schon 24 Stunden vor ihrem Auf-sinden eingetreten sein. Die Person des Toten konnte nicht festgestellt werden, weil er keinerlei Papiere bei sich hatte. Auch Geld, Wert- und Schmuckgegenstände wurden bei ihm nicht gefunden. Man nimmt deshalb an, daß der Mann ermordet und beraubt worden ist. Möglicherweise ist auch die Leiche ausgeplündert und auch die Schusswaffe gestohlen worden ist. Seiner Ermordung und Kleidung nach mochte der Tote wohl ein Kellner sein. Ob er in Berlin oder in einem der Lokale im Rahnsdorfer Bezirk beschäftigt war, läßt sich nicht feststellen, so lange man nicht weiß, wer er ist. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß es auf dem Heimwege aus dem Dienste einem Wegearbeiter in die Hände gefallen und ermordet und beraubt worden ist. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Gatzow und Dr. Berndorf im Polizeipräsidenten entgegen.

Die genauere Untersuchung der Leiche zeigt, daß der 120fache Schuß aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden ist. Die Kleidung ist von der Kugel nicht durchbohrt worden. Der Mann hat die Waffe allem Anschein nach unter das blaugestreifte Hemd geschoben und die Wundung unmittelbar auf die Haut gelegt. Bei den Toten fand man nachträglich im Nacken versteckt einen Rotzblut, auf dem mit Bleistift geschrieben steht: „Das Leben hat mir, aus besserer Kenntnis kommend, böse zugeführt. Nun bin ich am Ende. Ein proletarisches.“ In den Kleiderfalten fand man nur noch einige Pfennige, ein Paar Schlüssel, anscheinend Haus- und Wohnungsschlüssel, und einen Bleistifthalter von dunkler Rosifarbe.

Die Aufgaben der Betriebsvertrauensleute.

In einer Versammlung der SPD-Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre referierte gestern Genosse Künzler über die Aufgaben der Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt des ersten Teils der Rede standen die Aufgaben der Partei in den betriebswirtschaftlichen Fragen. Ganz gleich, wie jeder zu den Fragen steht, läßt sich als Partei doch ein festes, zusammengehöriges Ganzes; und nur als Ganzes können wir den Vormarsch antreten. Der Redner kam dann auf das Wesen des Klassenkampfes zu sprechen und schilderte dann die gesellschaftliche Struktur der Gegenwart, wobei er die Konzentrationsbestrebungen des Kapitals ins rechte Licht rückte. Die Sozialdemokratie ist nicht das Werk einzelner Männer, sondern sie ist herangezogen durch den Kapitalismus selbst. Die SPD wird sich wie bisher mit aller Kraft für den Achtstundentag einsetzen. Alle Kräfte müssen mobilisiert werden. Partei und Gewerkschaft müssen Hand in Hand arbeiten. Sie müssen gemeinsam stehen im Abwehrkampf, aber auch gemeinsam zum Angriff übergehen, dann sind Partei und Gewerkschaften eins. Der Selbstbehaltungstrieb gebietet uns, für die Republik einzutreten. So müssen die Genossen in den Betrieben ihre ganze Kraft für die Partei entfalten, mehr Offenheit entwickeln gegenüber den Unorganisierten und Kommunisten. In der Diskussion erinnerte Genosse B. Krüger an den großen Erfolg der parteigenösslichen Reichsarbeiter in Berlin. Genosse Holz stellte fest, daß die Tätigkeit der Betriebsvertrauensleute durchaus hohe ist. Fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften befinden sich in Händen der Arbeiterdemokratie. Auch die weitere Diskussion war ein Appell zur regen Agitation: Nur nicht müde werden! Als Vertreter in den erweiterten Bezirksvorstand wurden die Genossen B. Krüger, D. Fiedler und H. Hoffmann jun. mit Mehrheit gewählt.

Abendfeier der „Frauenwelt“.

Als Ausklang des Parteitages fand in der Neuen Welt eine Abendfeier der „Frauenwelt“-Leser statt. Schon eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung war der Saal dreierlei gefüllt. Um 7 Uhr war er bereits bis auf den allerletzten Platz besetzt. Im Rahmen des Bezirksverbandes sprach die Genossin Ledeburg über die politische Willkommensrede. Die angeforderten Aufsprachen der ausländischen Gäste mußten fortlassen, da die Ausländerdelegierten bereits ihre Heimreise angetreten hatten. Trotzdem wurde dank der vorzüglichen Darbietungen der Abend doch zu einem vollen Genuß. Nicht nur außerordentlich interessant, sondern auch fastend im Ein-

druck waren die Vorträge der Gesangsgemeinschaft Rosebery d'Argente. Ihr Leiter, Prof. Rosebery d'Argente ist Bahnbrücker für eine neue Entwicklung der Kunst im Geiste der Gemeinschaft. Für die meisten Hörer etwas ganz Neues waren die absoluten symphonischen Gesänge. Bei diesen wortlosen Gesängen ist der Klang unabhängig vom Text und zwingt zu einem gefühlsmäßigen Erleben. Viel Freude machte auch der Reigen der Kindergruppe Brenzlauer Berg. Es lag so viel Urwüchsigkeit darin, schon allein darum, weil die Kinder barfuß und im Straßenfeld tanzten. Allen Gästen wurde rauschender Beifall zu Teil, sie konnten sich des erhebenden Gefühls erfreuen, Heiterkeit gemacht und Sorgen ver-schleucht zu haben.

Tarifänderung im Vorortverkehr.

Einführung der „Rahzone“.

Am 1. Juli wird im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr die gegenwärtige Zonenabteilung, die der Fahrpreisberechnung zugrunde liegt, durch eine andere Einteilung unter Vermeidung der Stufen ersetzt. Im Vorortverkehr wird eine „Rahzone“ eingeführt, die den Verkehr des ersten Streckenabschnitts (7,5 Kilometer) vom Berliner Ausgangsbahnhof gerechnet, umfaßt. — Die Fahrpreise des Stadt- und Ringverkehrs, ebenso auch diejenigen der Rahzone, bleiben unverändert. (15 Pf. bzw. 25 Pf. in der 3. und 2. Klasse.) Die Preisklasse im Vorortverkehr beträgt für die 3. Klasse jedesmal 10 Pf., ausgehend von einer Grundgebühr von 20 Pf. Für die 2. Klasse wird, wie bisher, das 1½fache des Preises der 3. Klasse erhoben. Anlaß zu der Maßnahme hat das auffallende Mißverhältnis gegeben, das heute zwischen den Fahrpreisen der 4. Klasse des Fernverkehrs und der 3. Klasse des Vorortverkehrs besteht, da letztere z. T. nur ¼ der anderen betragen.

Sein Todfeind.

Ein mißlungener Hypnosebefehl.

Vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg hatte sich der Tierarzt Dr. phil. Martin B. wegen Aufforderung zu einem Raubüberfall zu verantworten. Der Angeklagte soll vor einigen Monaten einen jungen Bankbeamten veranlaßt haben, auf einen Kaufmann J. am Kurfürstendamm einen Raubüberfall zu veranlassen. Er hatte ihm zu diesem Zweck auch den Revolver übergeben.

Der Angeklagte hat ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Da er sich viel mit Hypnoseexperimenten beschäftigt hatte, wurde er von Professor Juelzer vielfach als Hypnotiseur beschäftigt. Nach dem Kriege kaufte er zwei Kittergüter, die er aber wieder verkaufen mußte. Bei dieser Transaktion fühlte er sich durch den Vermittler, einem Kaufmann J., geschädigt und strengte auch gegen J. eine Klage an, die er jedoch nachher fallen lassen mußte, und war seit der Zeit mit J. verfeindet. Rummel suchte sich der Angeklagte in Berlin als Heilhypnotiseur den Lebensunterhalt zu verschaffen. Bei einer Geburtstagsfeier in seinem Hause mochte er mit dem jugendlichen Bankbeamten R. Hypnoseversuche und glaubte, hier ein gutes Medium gefunden zu haben. Er suchte nun auf dem Wege der Hypnose den jungen Mann zu einem Raubüberfall auf seinen Todfeind J. zu bestimmen. Als der Angeklagte gemeinsam mit dem Medium zur Ausführung der Tat schreiten wollte, wurden sie beide von der Kriminalpolizei verhaftet. Der Angeklagte bestritt, daß er ersichtlich die Absicht gehabt habe, die Tat auszuführen zu lassen, es habe sich vielmehr um einen wissenschaftlichen Versuch der Wahnhypnose gehandelt. Geheimrat Dr. Wolf als Sachverständiger verneinte, daß durch Wahnhypnose ein Mensch zu einem Verbrechen veranlaßt werden könne. Das ganze Experiment sei ohne wissenschaftlichen Wert gewesen. Das Schöffengericht kam zu einer Beurteilung des Angeklagten. Er habe sich in Not befunden und wolle sich in Besitz des Betrages setzen, durch den er sich an J. geschädigt fühlte. Außerdem habe er sich wohl auch an J. rächen wollen. Der einem wissenschaftlichen Experiment könne keine Rede sein. Das Gericht erkannte gegen B. auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Ein Antrag auf Bewährungsfrist und Haftentlassung wurde von Landgerichtsdirektor Brennhausen abgelehnt.

Zu den Grund gehöhrt.

Am Montagvormittag 11 Uhr überfuhr der Dampfer „Siegesfürst“ der Reederei Ried, Berlin, Falkensteinstraße, bei Köpenick einen Personenlehn der Köpenicker Wäldereigenenschaft. Von den Anläffen dieses Rahns, der um-fänglich, erkrankt der 27 Jahre alte Dachdecker Max Behmann aus der Wenzelstraße 9 in Köpenick. Eine Frau konnte sich durch Schwimmen retten, während ein Schüler von dem Schloßer Willy Burkhoff aus Köpenick, Uckeritzstraße 10, gerettet wurde. Die Leiche des ertrunkenen Lehmann konnte nach 15 Minuten geborgen werden. Die Schußfrage ist noch nicht geklärt.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Automobilen ereignete sich gestern abend in der ersten Stunde, auf der Wus in der Nähe des großen Sternes. Hier erlitt der Wagen L.A. 17751, der von dem Chauffeur Max Hüblich aus der Kleiststraße 35, einem Wanne von 24 Jahren geführt wurde und einem Gebrüderpaar gehörte, einen Motordefekt. Der Chauffeur ließ den Wagen auf der rechten Seite der Bahn ohne Aufsicht stehen. Auf diesen Wagen fuhr nun der von dem 40 Jahre alten Chauffeur Paul Georges aus der Kaiser Friedrichstraße 38 geführte Personenwagen L.A. 18310 hinten mit solcher Wucht auf, daß er ihn zum Teil zertrümmerte und nach rechts aus der Bahn die Eisenbahnschienen hinunterwarf. Die Insassen des auffahrenen Wagens, eine Frau Käthe Schuch aus der Kaiser Friedrichstraße 38, wurde leicht verletzt, auf der Rettungsstelle der Waus verbanden und konnte dann mit dem beschädigten Wagen nach Hause fahren.

Neulissa: Elektrizitätsarbeiten (Knoten-Mittelstraße) Mittwoch, den 18. Juni, 7½ Uhr, bei Schiller, Dönan, Ude Weidestraße: Kurze wichtige Bezeichnung aller beteiligten Genossen. Freunde der Ude „Schulhaus“ sind eingeladen.

Sozialdemokratische Studentengruppe Berlin. Heute, abend 8 Uhr, findet in den Räumen des Sozialistischen Clubs, Wilhelmstr. 48/49, Genosse Dr. Adolf Braun über politische Denken. Gäste herzlich willkommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Warm und noch größtenteils heiter bei schwachen südlichen Winden.
Deutschland: In ganz Deutschland warm, im Westen und in Schlesien etwas Gemütemeigung, sonst heiter und mollig.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

1. Kreis. Die Mitglieder des Kreisvereins für Geschäftsverteilung werden ersucht, Material zu den Elternbetriebsarbeiten bei Schütz, Zimmernstraße 12, sofort abzugeben.
16. Kreis Köpenick. Mittwoch abend, 7½ Uhr, Ude Köpenicker-Schule. Monatliche Elternversammlung. Referat Stadtdirektor Elmertstein.

Heute, Dienstag, den 17. Juni:

Jungjugendliche. Gruppe Eldern. 8 Uhr, lautliche Gewerkschaft, Lindenstraße 2. Diskussion „Der Staat“. Einleitung von Ude. Alle Ude-Mitglieder der G. U. J. Kreis Arnstberg sind eingeladen.

Morgen, Mittwoch, den 18. Juni:

19. Ude. 7½ Uhr, Söhlende: Bezirks 137 und 138 bei Schütz, Friedrichstr. 55, 150 bei Schütz, Friedrichsberger Straße 22, 160 bei Ude, Weidestraße 12, 184-186 und 195 bei Ude, Weidestraße 12, 199 a bei Ude, Weidestraße 12, 189 b und e bei Ude, Weidestraße 12, 199 a bei Ude, Weidestraße 12. Alle nicht näher bezeichneten Bezirke in den bekannten Lokalen.
21. Ude, Spandauer. 9½ Uhr, Tagelöhnervereinsabteilung für die Elternbetriebsarbeiten. Gruppe 1: 27 und 28 beim Ude, Kreuzplatz bei Schütz, Weidestraße 12, 189 b und e bei Ude, Weidestraße 12, 199 a bei Ude, Weidestraße 12. Alle Ude-Mitglieder haben die Pflicht, zur Wahlberechtigung zu erscheinen.
22. Ude, Weidestraße. 8 Uhr, Ude, Weidestraße. Schließend mit wichtiger Tagesordnung.
24. Ude, Weidestraße. Der Jubiläum findet erst Donnerstag 8 Uhr bei Schütz, Weidestraße 12.

Gewerkschaftsbewegung

Handlanger des Kapitals.

Es muß nicht nur für jeden Sozialdemokraten und für jeden Gewerkschaftler, sondern überhaupt für jeden anständigen Menschen als Grundgesetz gelten, daß während eines Lohnkampfes jede Partei zurückgestellt und die Kampfleitung gegen das Kapital geschlossen zu sein hat. Daß darüber hinaus jede Handlung zu unterlassen ist, die sich gegen die Kampfleitung richtet, weil das gütliche Berrät ist und durch das geschaffene Mißtrauen gegen die Kampfleitung direkt das Unternehmertum untergründet, versteht sich von selbst.

Diese Selbstverständlichkeiten werden von den Kommunisten einfach mißachtet. Sie bringen es fertig, wenn sie die Leitung einer Branche oder einer Ortsverwaltung in Händen haben, einen wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern Ausgeschlossenen, der darauf zu einer gegnerischen Organisation überging, in einer Mitgliederversammlung das Wort zur Herunterwürdigung der eigenen Organisation und der Verbandsfunktionäre zu geben, nur um über die eigene Unfähigkeit hinwegzutäuschen. Um die Dinge beim rechten Namen zu nennen: wir sprechen von dem kommunistischen Branchenleiter Niederlichner. Nimmt man daran einen solchen Berräter an der eigenen Organisation entsprechend beim Tadel, dann wird über den „Spaltungsterror“ der Amsterdamer geschrieben. Die Frage ist aber, ob man es noch länger dulden darf, daß die Moral und die Verbandsstreue der Mitglieder durch solche unqualifizierbare Praktiken untergraben wird.

Oder aber es stellt sich der kommunistische Leiter der Ortsverwaltung mitten im Kampfe in einer Streikversammlung hin und hält eine von Beschimpfungen und Lügen strotzende Agitationsrede gegen die Sozialdemokratie, ohne Rücksicht darauf, daß er damit die Hälfte der Mitglieder herausfordert. Man geht mit einer kommunistischen Spalterorganisation durch die Dämmerung — bis in die unermessliche Niederlage — und hat gleichzeitig die Stirn, gegen die Bruderorganisationen, mit denen man im Kartellverhältnis steht, eine offene oder hinterhältige Kampagne zu führen. Wir sprechen von dem Kommunisten Kopschläger und der kommunistischen Ortsverwaltung der Jahnhöhe Berlin des Zimmerverbandes. Daß solche Schändlinge an der Arbeiterbewegung jemals ein verantwortungsvolles Amt übernehmen könnten, zeigt nur, wie frühlich langmütig die Verbandsleitungen sind. Wie wollen hoffen, daß die Mitglieder jetzt selbst nachhaken werden, was die Verbandsleitungen bisher versäumt haben.

In welcher verräterischen Weise die Kommunisten mitten in der großen Bergarbeiterausperrung die Ausgeschlossenen gegen die Kampfleitung aufzuputtsen sich bemühen, ist bekannt. Schändlich verhielten sich die Kommunisten während des nunmehr beendeten Streiks der Berliner Brauereiarbeiter. Während die Brauerei sich im Ausnahmestadium befand, verbreitete die sogenannte „Opposition“ ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Im Herbst vergangenen Jahres die Unternehmer auch durch Massenentlassungen und Kurzarbeit jermüht hatten, haben sie auch eine Arbeitsordnung aufgezwungen, die ein Schandstück, eine ungeheure Provokation darstellte. Die Unternehmer konnten dies, weil ihnen von den Hodapp, Schmitz und Genossen die Brauereiarbeiter ausgeliefert wurden. Damals gefielen sich diese Gefellen noch in rabiaten Phrasen, indem sie sagten, daß sie den Braugewaltigen in nächster Zeit mit Zins und Zinseszins die angelegene Schmach vergelten werden. Wir können nunmehr feststellen: Nichts, gar nichts ist unternommen oder getan worden, um diese Scharte auszuweichen. Ja, nachdem sich diese Burschen durch Vergewaltigung und gemeine Schiebung abermals ihre Bränden gesichert hatten, zerstückten sie die sich formierende Kampffront der Brauereiarbeiter. Sie waren es, die auch den Achtstundentag raubten, sie waren es, die mit den gemeinsten und schokstlichen Mitteln auch an die Unternehmer verkauften, sie waren

es, die mit allen Mitteln des Terrors und der Vergewaltigung den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentags und um einen höheren Lohn sabotierten und verhinderten. Kollegen, wir ruhen euch zu: Macht Schluß mit diesen esenden Berrätern eurer elementarsten Interessen. Gebt ihnen die Antwort, die Quittung, daß ihnen Hören und Sehen vergeht samt ihrem gekauften Klunge!

Die Verfasser dieses Flugblattes, das ebenjotig von den Unternehmern bezogt sein könnte, sind natürlich zu feige, ihre Namen darunter zu setzen. Darv stellt sich die „Rote Fahne“ aber hin und schimpft über den „Bormäris“ und seine „Hintermänner“, die es verschuldet hätten, daß die Brauerei dem Schiedspruch zugestimmt haben. Die „Rote Fahne“ kann es offenbar nicht verwinden, daß der Brauereistreik trotz des kommunistischen Berrats nicht mit einer Niederlage endete.

Grundfällige oder tatsächliche Meinungsverschiedenheiten sollen rüchhaltlos ausgetragen werden. Aber die knotige, systematische Beschimpfung derjenigen, die anderer Meinung sind, ist keine Disziplinarmaßnahme, die in Arbeiterorganisationen gebildet werden darf. Wenn sich diese die Arbeiterklasse schändende Methode zu verräterischen Handlungen mitten im Kampfe, zu Angriffen gegen die Organisation ausweicht, dann muß damit ausgemerzt werden. Sonst liefert man die Arbeiterklasse den Unternehmern aus.

Die neuen Renten der Kriegsoopfer. „Schnapsrenten“.

Die Rentenbezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sind ja nun auch erhöht worden. Nach wie vor aber werden die um weniger als 25 Proz. in der Erwerbsfähigkeit beschränkten Kriegsbeschädigten nichts erhalten. Ein um 25 bis 30 Proz. in der Erwerbsfähigkeit herabgesetzter Kriegsbeschädigter erhält nach den neuen Sätzen, und zwar in der höchsten Ortsklasse, eine Monatsrente von 6,60 Goldmark (in Buchstaben: sechs Goldmark und sechzig Goldpfennig). Beträgt die Erwerbsminderung 40 Proz., so beläuft die Monatsrente sich auf 8,80 Goldmark (in Buchstaben: acht Goldmark und achtzig Goldpfennig). Diese Sätze erniedrigen sich um ein Viertel, wenn es sich in den Kriegsbeschädigten um einen sogenannten ungelerneten Arbeiter handelt.

Eine Frauenzulage wird dem verheirateten Kriegsbeschädigten erst gewährt bei einer Erwerbsminderung von mindestens fünfzig Proz. Die Kinderzulage beträgt bei allen Kriegsbeschädigten für jedes Kind 20 Proz., so daß beispielsweise ein verheirateter Kriegsbeschädigter mit Frau und zwei Kindern eine Entschädigungsernte von monatlich 12,30 Goldmark bezieht, vorausgesetzt, daß er nicht zu den „ungelerneten“ Arbeitern gehört, solchenfalls bezieht er nur 9,25 Goldmark monatlich.

Seit Jahren kauft bekanntlich das in den Unfallversicherungsstellen vertretene Unternehmertum Sturm gegen die zehn- und fünfzehnpromigen Unfallrenten, „Schnapsrenten“ heißen sie im Unternehmerrunde. Weil diese Renten — in der Regel etwa 8 bis 12 Goldmark monatlich — ihres geringen Betrages wegen, so sagen die Unternehmer, für die Hauswirtschaft von unwesentlicher Bedeutung sind, mühten sie abgehafft werden, da sie sonst doch nur in Schnaps angelegt würden. In logischer Anwendung sich unternehmerischen Reasonnements wäre festzustellen, daß heute in Deutschland 30- und 40prozentige Kriegsbeschädigte mit einer bloßen Schnapsrente abgefunden werden.

Kaum besser daran sind die Schwerbeschädigten. So erhält nach den neuen Sätzen ein 80prozentiger Schwerbeschädigter einschließlich Schwerbeschädigtenzulage, Frauenzulage und einer Kinderzulage für zwei Kinder monatlich 20,25 Goldmark, handelt es sich um einen „ungelerneten“ Arbeiter, ist der Betrag 15,20 Goldmark. Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter mit Frau und zwei Kindern hat Anspruch auf monatlich 54,90, als „ungelerneter“ 41,20 Goldmark. Die Sätze sind auch hier gedacht nach der höchsten Ortsklasse. In der niedrigsten Ortsklasse betragen sie noch 15 Proz. weniger. „Im Falle des Bedürfnisses“ sollten allerdings den Schwerbeschädigten je nach dem Umfang des Bedürfnisses Zuschüsse gewährt werden. Der Anspruch ist aber nicht eintragbar. Die Zuschüsse betragen für einen völlig erwerbsunfähigen Schwerbeschädigten

im höchsten Falle monatlich 42 Goldmark, für ein Kind 8,40 Goldmark.

Die Hinterbliebenenrenten, also Witwen-, Waisen- und Elternrenten, sind, da sie nach Prozentfähigen der Beschädigtenrenten berechnet werden, natürlich in gleichem Maße niedrig gehalten wie die letzteren selbst. Von einer auch nur einigermaßen befriedigenden Lösung der Frage einer ausreichenden Entschädigung der unmittelbaren Kriegsoopfer kann deshalb auch nach der neuesten Aufbesserung der Rentenbeträge nicht gesprochen werden. Es ist lediglich die Scheu der bürgerlichen Gesetzgebung, den Besitz zu belasten, was eine befriedigende Entschädigung des bedauernswertesten Kriegsoopfers verhindert.

Ein Revolverheld.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte wir in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 14. Juni eine Notiz über einen Zwischenfall während des Brauereistreiks. Herr Hermann Pohl verlangt von uns die Zurücknahme der Bezeichnung „Kampfheld“. Wie er in seinem Schreiben selbst mitteilt, hat einer der Streikenden die Pflanze des Lastwagens angehalten, worauf Pohl von seinem Auto gestiegen sei und sich die Befähigung verbeten habe. Daß er dabei keinen Revolver gezogen hat, bestreitet Herr Pohl nicht. Obwohl P. selbst angibt, daß die anderen Brauereiarbeiter seine Partei ergriffen hätten, behauptet er, sich in der „Rotwehr“ befunden und ausgerufen zu haben: „Wer mich ansieht, schreie ich nieder!“

Nicht er, sondern der mit dem Revolver bedrohte Streikposten sei zur Wache geführt worden. Somit ist alles in schönster Ordnung und Herr Pohl die Liebenswürdigkeit in Person.

Ein Bangewerksbund in Finnland.

Wie wir den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen, fand im Mai in Helsingfors ein Kongreß statt der Bauarbeiterkategorien der Verbände der Transport- und Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Steinarbeiter, Maurer und Zimmerleute. Der Kongreß beschloß einstimmig die Bildung eines Bangewerksverbandes, der folgende Arbeiterkategorien umfassen soll: Maurer, Zimmerer, Bauhelfer, Handlanger, Ofenseher, Maler, Elektriker, Ziegelei, Zement-, Gips-, Asphalt- und Kalkbrennarbeiter sowie andere verwandte Arbeitergruppen. Um die gewerkschaftliche Einheit zu erhalten, wurde die politische Neutralität des Verbandes beschlossen. Weiter wurde die Errichtung eines Reise- und Arbeitslosenfonds und die Herausgabe einer eigenen Verbandszeitung beschlossen.

Neuer Schiedspruch für die Solinger Industrie. Am Freitag wurde ein neuer Schiedspruch für die Solinger Industrie gefällt. Im wesentlichen bleiben die Bedingungen der Regelung vom 19. Mai bestehen. Der § 9 erhält folgende Fassung: „Bis zur endgültigen Regelung oder Entscheidung der dafür in Frage kommenden Instanzen wird die Arbeit im angebotenen Affordlohn ausgeführt. Doch ist bis zu dieser Entscheidung den Arbeitnehmern ein Vorkauf in annähernder Höhe der bisherigen Affordtarifhöhe zu zahlen.“ Die Erklärungsfrist zu diesem Schiedspruch läuft am 20. Juni ab. Außerdem wird im Schiedspruch die Urlaubsfrage neu geregelt.

Entscheidung bei den Metallarbeitern im Ruhrgebiet. Ueber den Inhalt des Schiedspruches der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie herrscht allenthalben unter den Metallarbeitern des Ruhrgebietes große Enttäuschung. In einer ganzen Reihe von örtlichen Verammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde der Schiedspruch abgelehnt. Die entscheidende Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches für den Deutschen Metallarbeiterverband fällt in einer für die nächsten Tage nach Essen anberufenen großen Delegiertenkonferenz dieses Verbandes für den gesamten Bezirk der nordwestlichen Gruppe. Die Erklärung zum Schiedspruch muß bekanntlich am 20. Juni erfolgt sein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Calverano; Gewerkschaftsbewegung: Reichr. Gütern; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Sollos und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: Th. Glöck; Umlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormäris-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Stern 2 Beilage.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Einladung

zu der am Dienstag, den 8. Juli 1924, vormittags 10 Uhr, im Gebäude unserer Abteilung Behrenstraße zu Berlin, Behrenstraße 68-69, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1923.
2. Beschlusbilanz über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1923 und die Gewinnverwendung.
3. Beschlusbilanz über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.
5. Feststellung zu § 13 des Gesellschaftsvertrages, daß Herr Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht aus der Zahl der persönlich haftenden Gesellschafter ausgeschieden ist.

Zur Stimmenabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von der Reichsbank oder von dem Giroeffekten-Depot der Bank des Berliner Kassen-Vereins über dieselben ausgestellten Hinterlegungsschein spätestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar

1. bei unseren Hauptniederlassungen in Berlin, Bremen, Darmstadt;
2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
3. in Breslau bei den Herren Eichborn & Co., Cassel bei den Herren Florino & Sichel, Coblenz bei Herrn Leopold Sellmann, Danzig bei der Danziger Bank für Handel und Gewerbe, Aktiengesellschaft, Essen a. d. Ruhr bei den Herren Gebrüder Hammerstein, bei Herrn Simon Hirschland, Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank, bei den Herren Otto Hirsch & Co., bei Herrn Jacob S. H. Stern, bei den Herren Gebrüder Sulzbach, Göttingen bei den Herren H. F. Klettig & Reibstein, Hamburg bei den Herren L. Behrens & Söhne, bei den Herren M. M. Warburg & Co., Köln bei dem Bankhaus A. Levy, Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Magdeburg bei den Herren Dingel & Co., München bei der Bayerischen Vereinsbank, bei den Herren Merck, Fink & Co., Stuttgart bei den Herren Staber & Co., 4. in Amsterdam bei der Amsterdamschen Bank, bei der Internationalen Bank te Amsterdam, Wien bei der Mercurbank.

Berlin, den 14. Juni 1924.

Darmstädter und Nationalbank. Kommanditgesellschaft auf Aktien.

HOLZKÜSER

von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig Holzhausen Ullmann H. 14, Lärchenstraße 31-33 Berlin 1028-21

Futter-stoffe, Füllstoffe, sowie Vorrat 2.90 M. **Darmst.** Halbselben elegant Dessins bedeut. unt. Preis **Haarpuder** Schöneberg, Goltzstr. 2 a. d. Grünwaldstr.

Ruhe-betten 20 M. **Klub-**garnit. 170 M. **Chaiselong-**decken 12 M. Neukölln, Anzengruberstr. 2

Der gute Kapitän-Kaufabak ist in den meisten Zigarren-geschäften erhältlich C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Zigarren Die Angebote beweißen jetzigen das rasche Anziehen der Zigarrenproben. Mein großes Lager gestattet es, mit großem Händlernutzen gute abgelagerte Ware von 7 Pf. Kleinverkauf an zu liefern **Markenzigaretten** größte Auswahl u. preiswert Kau- u. u. Schnupftabake **Winkler,** Michaelkirchstraße 24 Nähe Jani oviertelbrücke — Moitaplatz 15 187 —

Besonders billigt

Läuferstoffe • Teppiche in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken **Linoleum** als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl **Kokos-Matten** in allen Qualitäten und Größen **Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten** **G. Bargende, Charlottenburg** Windscheidstr. 11 (Eck Postenstraße) | Wilmersdorfer Str. 79 (Nähe Kurfürstendamm) Fernsprecher: Wilhelm 2730 | Fernsprecher: Steinplatz 4194

Sprechapparate von 4.50 Mark Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt, **Schallplatten** von Mark 0.45 Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt.

Robert Bork, W. 30, Heilbronner Str. 9 Tel.: Nollendorf 597 **Nagelpflege-Garnituren** Kopp & Joseph BERLIN W in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Schokoladen in großer Auswahl! Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer. **Paul Grindel,** Dircckenstr. 47, nahe Kaiser-Wilhelms-Platz **Das Blatt für jeden** kommunalpolitisch Interessierten Unter Mitarbeit der bedeutendsten Kommunalpolitiker 14-tägig ein Heft 60 Pfennig Zu beziehen durch jede „Vorwärts“-Ausgabestelle